

DEUTSCHLAND

FDP: „Jetzt folgt das Schaulaufen“

Nach Genschers Entschluß, das Amt des FDP-Vorsitzenden 1986 niederzulegen, herrscht in Bonn die große Ratlosigkeit. Die Union denkt bereits über eine Regie-

rung ohne Freidemokraten und sogar über eine große Koalition nach. In der FDP rüsten derweil die Landesfürsten zum großen Rennen um die Genscher-Nachfolge.

Hans-Dietrich Genscher hatte mit niemandem über seinen einsamen Entschluß gesprochen: „Keiner wußte, daß ich damit schwanger ging.“ Sein Koalitionsfreund, der Kanzler Helmut Kohl, war ebensowenig informiert wie seine Freunde in der eigenen Partei und der Interview-Partner des Zweiten Deutschen Fernsehens.

Peter Hopen, neuer Bonner Studioleiter des ZDF, wußte am vorletzten Sonntag gar nicht, wie ihm geschah. Auf seine Routinefrage: „Wird der FDP-Vorsitzende seine Partei in die nächsten Bundestagswahlen führen?“ antwortete FDP-Chef Genscher: „Ich bin der Meinung, daß das ein Jüngerer tun sollte.“

Das Ende einer Ära war angekündigt, vielleicht auch der Anfang eines langen Endes dieser Bonner Regierungskoalition. Der ZDF-Mann, juxte sich Genscher später, sei so außer Fassung gewesen, daß er die Aufzeichnung der Schlüsselszene zweimal wiederholt habe.

Zurück von der Fernsehaufnahme, ermunterte der FDP-Chef Ehefrau Barbara: „Guck dir heute abend mal die ‚Bonner Perspektiven‘ an. Anschließend gehen wir Spargel essen.“ Noch Tage später sinnierte Genscher: „Was doch so ein kurzer Satz alles bewirkt.“

Hans-Dietrich Genscher auf dem Rückzug ins Privatleben. Außenminister und Vizekanzler will er bis auf weiteres bleiben. Daß alles nur ein Trick gewesen sei, darauf gerichtet, nach dem Amnestie-Debakel erst mal die Wiederwahl zum Parteivorsitzenden auf dem Münsteraner Parteitag einigermaßen zu überstehen, um dann in zwei Jahren doch wieder mangels Alternative zum Spitzenkandidaten berufen zu werden – selbst enge Vertraute des altgedienten Taktikers glauben nicht daran. Genscher wol-



FDP-Chef Genscher im Bonner ZDF-Studio: „Was so ein kurzer Satz alles bewirkt“

Schlau, schlau, zu schlau

Der mähliche Abgang des Hans-Dietrich Genscher von der politischen Bühne – ob er ihn nun gleich, in zwei Jahren, zwischendurch oder überhaupt nicht bewerkstelligt, bei ihm weiß man ja nie – ist nicht ohne Tragik, so wenig dies abgeleierte, hochgestellte, mehrdeutige Wort auf diesen Bonhomme auch passen mag.

Man glaubte ihm, wenn er treuherzig versicherte, ohne Scheels Bundespräsidentschaft hätte er der FDP noch etliche Jahre als erstrangiger Zweiter gedient, bis er sich in seine Bremer Rechtsanwaltskanzlei zurückgezogen hätte. Aber man war nicht sicher, ob er das sich selbst glaubte. Auch er paßt in keine Typen-Schublade.

Jedenfalls habe ich ihn nur einmal in Alarmstimmung gesehen: Als Walter Scheel seine Präsidentschaftsambitionen erkennen ließ. Er, Genscher, würde als Nachfolger eines großen Schauspielers unter einem noch größeren Schauspieler dienen müssen, keine rosige Aussicht.

Daß er sich jedes Ministerium, mit Ausnahme vielleicht des Bundeswirtschaftsministeriums, zutraute, kennzeichnet den Berufspolitiker. Es lief ja auch zwischen 1974 und 1980 alles recht passabel. Seit 1969 war er Minister. Wir stoßen auf die alte Erfahrung, daß ein Spitzenpolitiker nach 15 oder 16 Jahren verbraucht ist.

Es stimmt, Genscher hat sich viermal den falschen Generalsekretär ausgesucht. Aber ist das nicht verzeihlich? Es gab ja keinen für ihn „richtigen“. Und was hätte die FDP ohne Genscher wohl angefangen?

Das Unglück begann mit den Bundestagswahlen 1980. Schon während des Wahlkampfes, eher als jeder andere, ahnte Genscher, daß er die versprochenen „vier Jahre mit Schmidt“ nicht werde halten können. Und schlimmer noch: Er, der Taktiker, würde keinen überzeugenden Scheidungsgrund vorweisen können, die Schmidt-SPD würde keinen liefern. Den einzig überzeugenden Grund, daß die FDP an der Seite der SPD Stimmen einbüßte, konnte er nicht bekömmlich verkaufen.

Er, der bis dahin unentbehrlich richtige Politiker, wurde nun, noch

immer unentbehrlich, der falsche, wurde Scheidungsanwalt in eigener Sache, vom Grafen gedrängt, von Scheel gestachelt (der sicher nonchalanter, aber am Ende nicht unbedingt glückhafter operiert hätte).

Da Genscher der Weg in die Opposition so wenig vorstellbar schien wie den deutschen Truppen 1942 ein zweiter russischer Winter vor Moskau, konnte er glaubhafte Positionen, über denen die Koalition halten oder brechen würde, nicht aufbauen; oder richtiger: Positionen, die für sich genommen hätten erhalten können, konnte er jedenfalls nicht glaubhaft machen.

Genscher verkörpert hier ganz ohne jede Tragik die gute alte noch pünktchenlose FDP, die, um immer dabeizusein, ihre politischen Inhalte so fassen muß, daß sie der großen rechten wie der großen linken Gruppierung angepaßt werden können. Nicht so sehr Programm oder Inhalt, das Gewicht der Bundesminister zählte. Nicht so sehr der Standpunkt, sondern der Richtstrahler. Folge: Die Grünen.

Das „historische Bündnis“ (Werner Maihofer) hatte jedenfalls länger mit dem großen Geld Bestand als mit der SPD. Wie konnte einem Mann mit den feinen Ohren eines Elefanten jener erste fürchterliche Fehler mit der Weihnachtsamnestie 1981 unterlaufen? Er hätte doch wissen müssen, daß im Falle eines Fehlschlags nicht Wehner oder Brandt, schon gar nicht Kohl oder Strauß, sondern seine FDP als die Partei des Rechtsstaats geprügelt würde. Warum ist er damals nicht durchmarschiert, hat allen Amnestieplänen für immer und öffentlich eine Absage erteilt und den Grafen auf noble Weise aus der ersten Linie zurückgezogen, wie man ihm geraten hat?

Es gibt zwei Gründe: Einmal ist Genscher nicht der Mann, einen so starken Rivalen wie den Grafen fallenzulassen, der fällt ja nicht von selber. Zum zweiten aber, und vielleicht wichtiger, er brauchte den Grafen, oder glaubte doch zumindest, ihn zu brauchen, um die Spitzkeure zu vollziehen.

Während der folgenden Angstperiode und angesichts verheerender Landtagswahlen scheint sein Gespür

für das Machbare ihm völlig abhanden gekommen zu sein. Mutterseelenallein im Boxring, schmettete er sich mit seinem neuen Amnestie-Anschlag selbst auf die Bretter, stand bei 8 wieder auf, nur um den nächsten Fehler zu begehen: seinen Rücktritt vom Amt des Parteivorsitzenden zu terminieren, ohne daß ein Nachfolger in Sicht wäre. Schon wird gerätselt, wann er auch diese Ankündigung wieder umstößt, in den Augen des Publikums erneut „umfällt“. Wahrscheinlich, diesen letzten Fehler hätte Scheel nicht gemacht.

Seit der Endzeit des ganz alten Adenauer 1961/1962 hat keine neu und mit bequemer Mehrheit gewählte Bundesregierung in so kurzer Zeit so viel Nicht-Regiment und Hilflosigkeit an den Tag gelegt.

Auch Kohl, seit er Kanzler ist, scheint jede Lernfähigkeit eingebüßt zu haben. Um doch noch zum anscheinend wichtigsten Vorhaben seiner Regierungszeit, einer Millionärs-Amnestie, durchzustößen, hat er schon wieder öffentlich im Bundestag einen Umbruch des gesamten Rechtssystems angekündigt, noch aussichtsloser als die ersten beiden Anschläge. Alle von den Medien oder sonstigen Übeltätern „Vorverurteilten“ sollen künftig straffrei ausgehen, notabene Minister, Millionäre, und Schatzmeister auch. Wieder ist Genscher dafür, daß dieser Unfug geprüft wird. Schlau, schlau, zu schlau.

Kohl verläßt sich auf sein dickes Fell und auf sein Sitzfleisch. Er gebärdet sich, als hätte er die absolute Mehrheit, gestützt auf die Koalition Kohl/Kohl. In Wahrheit aber gibt es nur formal eine Koalition aus CDU/CSU und FDP; es gibt die Koalition Kohl/Genscher. Wackelt Genscher, der zur negativen Integrationsfigur seiner Partei geworden ist, wackelt dieser nunmehr Zeitvorsitzende, so wackelt auch Kohl.

Was man am Tage nach der Bundestagswahl für schieren Aberwitz hätte halten müssen, ist heute nicht mehr undenkbar: daß unser Adenauer-Enkel die volle Wahlperiode im Amt gar nicht übersteht, und daß Kohls Nachfolger nicht Kohl heißt.

Großvater Adenauer, als er gehen mußte, hinterließ wenigstens eine intakte Koalition.

le wirklich Schluß machen, er sei „eigentlich weich“ geworden, findet FDP-Vize Gerhart Baum. „Dem ist alles wurscht“, haben Kohl und seine Leute beobachtet.

Und selbst wenn es schiere Taktik des Über-Taktikers Genscher gewesen sein sollte – nach dem Parteitag kann der Oberliberale nicht mehr zurück: Nur 60 Prozent der Delegierten – 241 von 390 – gaben ihm am vergangenen Freitag in Münster noch einmal ihr Ja-Wort, 127 stimmten gegen ihn, 22 enthielten sich – ein Pyrrhussieg.

Daß der FDP-Chef nicht mehr der alte ist, war dem CDU-Kanzler und seinem Generalsekretär Heiner Geißler spätestens aufgegangen, als Genscher, ganz entgegen seiner Art, im Münchner Restaurant „Käfer“ tafelte und tags drauf auf einer Party des Medien-Agenten Josef von Ferenczi becherte – zur selben

Kanzler Helmut Schmidt eine Gefahr für den Fortbestand der sozialliberalen Koalition noch lange nicht witterte. Nur weil Kohl und Genscher so gut miteinander konnten, gelang die waghalsige Bonner Wende, trotz aller Widerstände in der FDP, trotz der Störmanöver des ausgegrenzten CSU-Chefs Franz Josef Strauß.

Wenn es Probleme in den vergangenen eineinhalb Jahren gab, brachten die Wochenendgespräche von Kanzler und Vizekanzler die Lösung. Die beiden vertrauten einander, weil sie aufeinander angewiesen waren: Kohl hielt die Union auf Dauer in Bund und Ländern nur mit Hilfe der FDP für mehrheitsfähig. Genscher glaubte sich so im Besitz einer langfristigen Überlebensgarantie für seine Partei, notfalls über Zweitstimmen von der Union wie bei der vergangenen Bundestagswahl.

der FDP, diesen Gerhards und Hirsch, keinen einzigen persönlich“.

Der Kanzler ratlos: Zwar sieht seine Bundestagsmehrheit von 54 Stimmen nach außen hin immer noch komfortabel aus, aber er weiß nicht, wie schnell und wie weit der Fäulnisprozeß in seiner Koalition fortschreitet.

Bereits am Tag nach dem Durchfall des Amnestie-Gesetzentwurfes hatte Kohl mit seinem CDU-General Geißler, dem CSU-Chef Franz Josef Strauß und Theo Waigel, dem Vorsitzenden der Bonner CSU-Landesgruppe, beraten, wie es ohne die FDP weitergehen könnte: Eine große Koalition mit der SPD sei wegen zu starker politischer Differenzen derzeit nicht durchsetzbar, erst recht nicht seit dem „Linksruck“ der Genossen auf ihrem Essener Parteitag.

Und natürlich dachten die erbitterten Unionsoberen auch mal wieder über die Einführung des Mehrheitswahlrechts nach, bei dem, anders als beim geltenden Verhältniswahlrecht, nur noch die beiden großen Parteien Union und SPD überleben würden, die kleinen Parteien wie Grüne und FDP aber keine Chance mehr hätten. Gegen eine solche Manipulation des Wählerwillens, darin war sich die Runde rasch einig, werde es einen Aufstand der Öffentlichkeit geben.

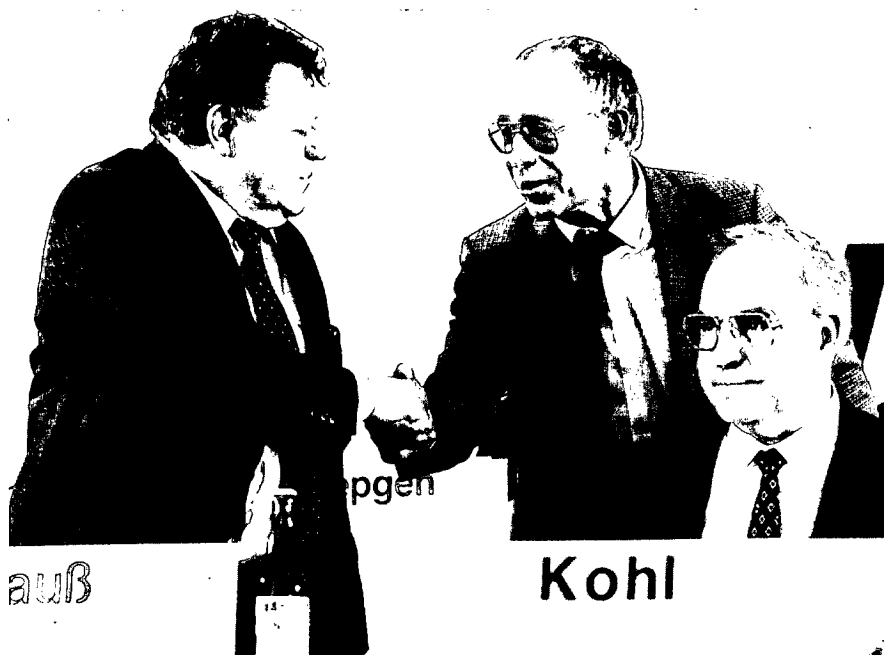
Der Gedanke an Neuwahlen wurde verworfen, weil die Koalition ja schließlich noch intakt sei und das Grundgesetz gegen allzu häufige Wahlen sei. Ebenso wenig behagte der Runde eine Minderheitsregierung der Union, geduldet von einer aus der Regierung abgewanderten FDP. Dies könne auch nicht das Interesse der FDP sein, die neben SPD und Grünen als dritte Oppositionspartei untergehen würde.

Für ausgeschlossen hielten die Unionsstrategen, daß die FDP gemeinsam mit Grünen und Sozialdemokraten eine neue Regierung, die „Wende in der Wende“ (Strauß), inszenieren könnte. Darüber würde die FDP endgültig zerbrechen.

Sollten die Liberalen aber im nächsten Jahr bei den Landtagswahlen in Berlin, Nordrhein-Westfalen und im Saarland nicht auf fünf Prozent Wählerstimmen kommen und daran innerlich zerbrechen, sei immer noch Zeit für die Union, auf eine Strategie für die absolute Mehrheit bei der nächsten Bundestagswahl umzuschalten. Dann aber, das war den versammelten Unionsgrößen klar, könne es kein Pardon mehr geben für die FDP, deren Stimmen man ja brauche.

Sogar Strauß, der es schon lange nicht gut meint mit der FDP, stimmte Kohl darin zu, daß der Kampf um die absolute Mehrheit „Ultima ratio“ sein müsse. Denn absolute Wahlsiege seien auch für die Union Glücksfälle, in Bonn wie in den meisten Bundesländern brauche man einen Partner zum Regieren.

Deshalb wollen die Strategen wohl oder übel die Koalition in Bonn mit den Freidemokraten erst einmal fortführen, mit oder ohne Genscher, gleichgültig, ob



Unionspolitiker Strauß, Geißler, Kohl: Mit FDP-Kollegen „saufen gehen“

Zeit, da der Landesvorstand Nordrhein-Westfalen gegen den Bundesvorsitzenden wegen der geplanten Straffreiheit für Steuersünder bei Parteispenden aufstand.

Der Mann sei fertig, ausgebrannt nach zehn Jahren Doppelbelastung als Außenminister und Parteivorsitzender, heißt es im Kanzleramt. Selbst wenn er alles ungeschehen machen wollte, sei es zu spät, die Entwicklung gehe über ihn hinweg.

Der Zweierbund Kohl-Genscher, Herzstück der christliberalen Koalition, ist kaputt. Mit wem Kohl nach Genschers Ausstieg künftig regieren soll, weiß der Kanzler heute selbst noch nicht.

Die Freunde und Bonner Nachbarn Kohl und Genscher waren sich schon über ihr Zusammengehen einig, als SPD-

Mit der Zweifaltigkeit ist es vorüber. Genscher mußte mangels Anhang den CDU-Mann bei der Amnestie im Stich lassen, die Kohl hartnäckig und unbelehrbar erst 1975, dann 1978, 1981 und jetzt wieder 1984 zugunsten seiner Industriefreunde betreiben wollte.

Der Kanzler war nicht kühl genug, seine Enttäuschung für sich zu behalten. Öffentlich warf er den Liberalen vor, sie seien wieder mal „umgefallen“. Nach einem heftigen Zusammenprall mit Kohl verkündete Genscher in der FDP-Fraktion: „Das sagt der nie wieder.“

Nach der Rückzugsankündigung seines Partners spricht Kohl, wenn er vom liberalen Partner redet, schon nicht mehr von Genscher, sondern sagt: „Die haben doch als Partei mit uns die Koalition geschlossen.“ Dabei „kennt der“, so ein CDU-Minister, „von den Diadochen in



FDP-Kandidat Morlok
„Ein Genscher ohne Vorstrafen“

der FDP-Wirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff wegen des Verdachts der Bestechlichkeit vor Gericht muß.

Und auch darin stimmten die vier überein: Beim nächsten Wahltag müsse man dem notleidenden Partner wohl wieder mit Zweitstimmen über die Hürde helfen – trotz aller Risiken für das eigene Abschneiden.

Als erstes aber gelte es, so Geißler, weiteren Vertrauensverlust in der Koalition zu stoppen. Die Liberalen könnten sonst allzu leicht wieder unkalkulierbar werden. Geißler regte an, die Unionsabgeordneten sollten sich gezielt um die Kollegen von der FDP kümmern, mit ihnen „saufen gehen“, der gemeinsamen Zukunft zum Wohle.

Doch die Zukunft dieser Koalition entscheidet sich weniger in Wirtschaften als in der Wirtschaft. Mittlerweile droht dem Kanzler Kohl noch von ganz anderer Seite her Gefahr: Die Leute im Lande beginnen, das Vertrauen in den CDU-Kanzler als Kündiger des Aufschwungs und Garanten goldener wirtschaftlicher Zeiten zu verlieren.

Das Ansehen der Regierung Kohl ist zur Zeit – nach einer Mitte Mai abgeschlossenen Emnid-Umfrage – auf dem niedrigsten Stand seit dem Amtsantritt im Oktober 1982. Auf einer Skala von eins (sehr schlecht) bis zehn (sehr gut) hatte Kohl im vergangenen Herbst noch die Note sechs erhalten, jetzt liegt er laut Emnid bei 4,5. Wer aber unter die Note vier sacke, so die Erfahrung der Emnid-Experten, habe es sehr schwer, sich wieder hochzurappeln. So sei das Aus für die Regierungen der beiden sozialdemokratischen Kanzler Willy Brandt und Helmut Schmidt bei Noten knapp unter vier gekommen.

Dem geringen Ansehen von Kohls Regierung entspricht auffallend die sich rapide verschlechternde Einschätzung der weiteren wirtschaftlichen Entwick-

lung in der Bevölkerung. So sähen, laut Emnid, die Bundesdeutschen, obwohl es dafür keinen aktuellen Anlaß gibt, deftige Preissteigerungen voraus, was – wiederum laut Emnid – mit der geringen Wirtschaftskompetenz zusammenhängt, die Kohl zugemessen wird.

Dazu kommt massive Kritik an Kohl aus den eigenen Reihen wegen seiner Parteinahme für die Unternehmer beim Streik für die 35-Stunden-Woche. Ex-Arbeitsminister Hans Katzer, Mitglied des rheinischen CDU-Vorstands, wirft Kohl vor, sich „nicht klug“ zu verhalten (siehe SPIEGEL-Gespräch Seite 22).

Und Kurt Biedenkopf, Vorsitzender der westfälischen CDU, lastet dem Kanzler an, er habe sich in der Streik-Frage selber ausmanövriert. Der Arbeitnehmerflügel der Partei tue sich in NRW



FDP-Kandidat Brunner
„Liegt ganz gut im Wind“

„zur Zeit sehr schwer mit der Position der Bundesregierung“.

Kohl bleibt, will er als Kanzler das Jahr 1987 erreichen und überleben, fürs erste nur eine kosmetische Operation. Kaum ein Jahr nach den Wahlen wäre ein Revirement des Kabinetts vonnöten. Auf entscheidenden Stühlen amtieren Minister, die auch Kohl nur noch als Belastung empfindet.

Der Regierungschef hat inzwischen eingesehen, daß es ein Fehler war, Verteidigungsminister Manfred Wörner nach der blamablen Kießling-Affäre gegen den Rat des Koalitionspartners im Amt zu belassen. Kohl hat obendrein das zweifelhafte Verdienst, sich als erster Kanzler der Republik einen Minister zu leisten, der unter Anklage der Bestechlichkeit steht. Der schwerbelastete Wirt-

schaftsminister Otto Graf Lambsdorff ist zur Symbolfigur einer gekauften Republik geworden.

Zwei weitere Kabinettsmitglieder sind ablösungsreif. Postminister Christian Schwarz-Schilling hat seinen Job mit privaten Geschäften verquickt. Obendrein hat er das empfindliche Wählerpublikum durch seine Schneckenpost und seine Drei-Groschen-Pläne fürs Telefon verstört. Der FDP-Justizminister Hans Engelhard wird allenthalben als lebenswürdiger Mann gepriesen, aber ebenso einhellig ist das Urteil über seine Fähigkeiten: zu schwach, um Positionen seines Hauses durchzusetzen, und gänzlich ungeeignet, sie öffentlich zu vertreten.

Aber vor einer Umbildung seiner Mannschaft scheut Kohl vorerst noch zurück. Zu sehr fürchtet er, eine solche Aktion, schon ein Jahr nach den Wahlen, werde ihm als Zeichen von Schwäche ausgelegt. Dann würde auch offenbar, wie dünn die Personaldecke der Koalition ist. Für alle Abstiegskandidaten kann Kohl bisher überzeugenden Ersatz nicht anbieten. Selbst wenn das Verfahren gegen Lambsdorff eröffnet wird, soll – nach den bisherigen Plänen – nur für ihn ein Nachfolger benannt, nicht aber das Kabinett auch auf anderen Posten umgebildet werden.

Dabei ist keineswegs sicher, ob Kohl solche Beschlüsse überhaupt noch durchsetzen kann. Denn bei dem freidemokratischen Partner hat sich, quasi über Nacht, ein neues Machtzentrum gebildet: Die FDP wird nicht mehr von ihrem Spitzenmann Genscher aus Bonn gesteuert, sondern von den Zaunkönigen aus der Provinz, und ob diese Landesfürsten die Entscheidungen von oben ebenso mittragen wie der FDP-Chef bisher, ist längst noch nicht ausgemacht.

Halb im Ernst hatte sich Genscher seit längerem schon eine Kulturrevolution in seiner Partei gewünscht. Seine Freunde



FDP-Kandidat Gerhardt
„Furchtlos in die Lücken“

hört ihn häufig den Vorsitzenden Mao zitieren: „Laßt tausend Blumen blühen.“ Aber so hatte er sich das kaum vorgestellt. „Da ist ja der Teufel los“, stellt aufgeschreckt ein Genscher-Freund fest, „die junge Garde marschiert schon über Leichen hinweg und singt dazu patriotische Lieder.“

Ein paar Provinzfürsten, Vorsteher von Landesverbänden, die nicht mehr Mitglieder zählen als ein besserer Kreisverband in der Union, haben der Koalition bei dem Amnestie-Coup eine verheerende Niederlage beigebracht. Obendrein zwangen sie dem bis dahin allmächtigen Genscher einen Generalsekretär ihrer Wahl auf. Helmut Haussmann ist nicht, wie bisher üblich, vom Vertrauen des Vorsitzenden getragen. Er ist abhängig von denen, die ihn gekürt haben. Seinen Kopf hat Genscher gerettet, indem er sich entmachten ließ.

Retter des eigenen Kopfes. Und viele, auch in der Bonner Fraktion, fragen inzwischen, ob Lambsdorff nicht bald die Konsequenzen ziehen sollte, selbst wenn das Verfahren wegen Bestechlichkeit im Flick-Fall nicht eröffnet wird.

Gerade dann wäre der günstigste Zeitpunkt für einen honorigen Abgang, meinen die Kritiker. Sonst nämlich müßte der Graf in eine neue quälende Runde – wegen Beihilfe zur Steuerhinterziehung in der Parteispenden-Affäre. „Die Partei“, so ein Spitzenliberaler, „hat bald nicht mehr die Kraft, die Solidarität durchzuhalten.“

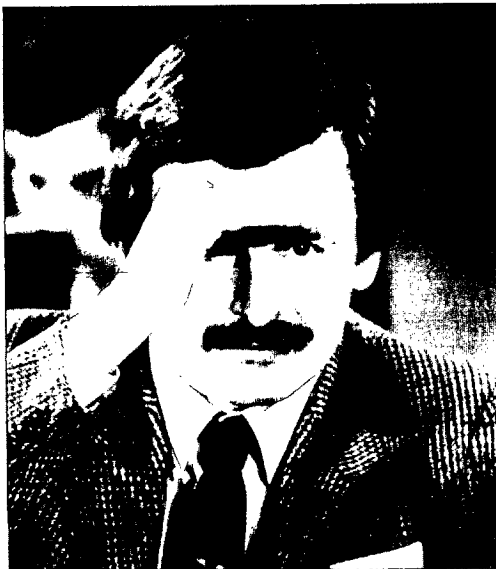
Aber auch Genscher selbst hat sich trotz der Wiederwahl noch längst nicht gerettet. Für ihn war es schon peinlich genug, daß kein Liberaler seinen angekündigten Verzicht bedauerte. Inzwischen melden sich immer mehr, die seinen Rückzug auf Raten kritisieren.

Kungeleien mit Genscher ihnen seit langem mißfallen. Sollten die Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen 1985 für die FDP schlecht laufen, meinte der rheinland-pfälzische Vorsitzende Brüderle hinterher, „dann kann der Möllemann wohl endgültig den Deckel zumachen“.

Die Matadoren der jungen Garde, die sich plötzlich unheimlich stark fühlen, haben – mit wenigen Ausnahmen – einen blitzartigen Aufstieg hinter sich.

Nach dem Schnellstart aus der Anonymität sehen sie sich als Aspiranten für einen der ersten Plätze, die im Parteienstaat zu vergeben sind: Verhältnisse fast wie in den USA, wo buchstäblich jeder, so scheint es, Präsident werden kann, ein Erdnußfarmer ebenso wie ein Cowboy-Darsteller.

In der FDP sind für den Platz an der Spitze ganz neuartige Qualitäten er-



FDP-Kandidaten Möllemann, Hirsch, Brüderle: Aus deutschen Landen frisch auf den Bonner Tisch?

Nun muß Genscher fürchten, daß die liberalen Putschisten ihre Macht weiter auskosten wollen. Und manch einer aus der alten Führungsriege zittert davor, daß sich der Daumen der Jungen nach unten senkt: Verhältnisse beinahe wie bei den Grünen. Für Kohl wird die FDP immer unberechenbarer.

Schon ließ Genscher bei seinen Provinzialen nachfragen, ob sie auch dem Fraktionsvorsitzenden Wolfgang Mischnick an den Kragen wollen. Die beruhigende Antwort: Er darf bleiben. Anders stehen die Chancen für den Justizminister. Es gilt als ausgemachte Sache, daß der taubenfüßige Engelhard so bald wie möglich seinen Platz räumen muß, auch wenn über die Nachfolge noch keine Klarheit besteht. „Der Irrtum“, erklärte Rainer Brüderle, rheinland-pfälzischer Landesvorsitzender, letzte Woche bündig, „muß korrigiert werden.“

Unmut braut sich auch über Lambsdorff zusammen. Er gilt als der eigentliche Antreiber für die Amnestie-Pläne –

Nach verbreiteter FDP-Meinung ist es für jeden Nachfolger eine Zumutung, erst 1986 die Verantwortung für die existenzentscheidenden Bundestagswahlen zu übernehmen. „Keiner“, meint NRW-Landeschef Jürgen Möllemann, „möchte den Vorsitz zur Abwicklung einer Beerdigung übernehmen.“ Burkhard Hirsch rechnet daher mit einer „viel kürzeren Übergangszeit“. Denn: „Das kriegt seine eigene Dynamik.“

Obendrein werden die Konkurrenten um die Nachfolge einen langen Verschleißprozeß kaum überstehen können. „Jetzt folgt das Schaulaufen“, orakelt die bisherige Generalsekretärin Irmgard Adam-Schwaetzer, „und jede falsch eingespungene Pirouette führt zum Auspunkten des Kandidaten.“

Damit hat das freidemokratische Kampfgericht schon begonnen. Beim Hessentag in Lampertheim verständigten sich letzte Woche die drei Landeschefs aus dem Südwesten, daß sie einen in die Schranken weisen wollen, dessen

wünscht. Wer ein Gesicht hat, das kaum einer kennt, darf antreten. Wer einen Anzug flott zu tragen weiß, im Fernsehen flüssig ein paar Sätze aufsagen kann, egal was, hat schon Führungseigenschaften offenbart. Unverbraucht heißt das neue Zauberwort. Das bedeutet auch: Ein politischer Standort ist oft schwer erkennbar.

„Was allen anhaftet“, sagt ein Liberaler aus München, „ist dieses betont windschnittige Format, das Image der gehobenen Abteilungsleiter von Hertie. Es fehlen die Ecken und die Kanten.“

Rainer Brüderle aus Rheinland-Pfalz, einer dieser Hertie-Liberalen, ist wegen seiner Bedeutungslosigkeit bislang nie besonders aufgefallen. Seine Erklärungen, klagte er selber, hatten oft nur „Papierkorbwert“. Inzwischen aber hat er sich mit Genscher-Kritik einen Marktwert erworben und sich damit für die Ausscheidungskämpfe hinreichend qualifiziert.

Der 38jährige Volkswirt, selbst im Rebenland kaum bekannt, predigt seit-

her, „mit neuen Gesichtern“ müsse die FDP „eine neue Glaubwürdigkeit und eine neue Moral zurückgewinnen“.

Für den Parteitag in Münster forderte er frühzeitig einen Gegenkandidaten bei der Wahl des Parteichefs. Genschers Plan, den nordrhein-westfälischen Ex-Staatssekretär Karl-Friedrich Brodeßer zum FDP-Generalsekretär zu machen, kritisierte er ebenso vehement wie das Amnestie-Unternehmen.

Schon meinen Parteifreunde, im Kür-
lauf der Konkurrenten schneide Brüderle nicht schlecht ab. Ein unverbrauchter Mann, loben sie, Frische, Phantasie und flotte Sprüche rühmen sie ihm nach. Aber nach Bonn, behauptet Brüderle, zieht es ihn „eigentlich nicht“.

Auch der bayrische FDP-Chef Manfred Brunner, Rechtsanwalt und Stadtrat in München, hat sich durch kesse Kritik

Führungsstil“ artikuliert worden – und er fühlt sich natürlich berufen. Ihn plagt, sagt er, eine „Sehnsucht nach klaren inhaltlichen Aussagen und geradlinigem Kurs“. Seine Parteifreunde haben einen anderen Wunsch ausfindig gemacht: „Zu großen Bedarf an Führung-Ausüben.“

Der Gymnasiallehrer Walter Hirche, 43, Vorsitzender der FDP-Fraktion im niedersächsischen Landtag, ist ebenfalls als gelenkiger Mann ausgewiesen. Die eigenen Leute hatten ihn stets als unwandelbaren Sozialliberalen eingeschätzt. Dann aber, 1976, als der CDU-Mann Ernst Albrecht in Hannover plötzlich eine Mehrheit im Parlament bekam und Ministerpräsident wurde, war es Hirche, der Niedersachsens Freidemokraten auf neuen Kurs brachte. Die Quittung: Zwei Jahre darauf, bei der Landtagswahl, blieb die FDP unter fünf Prozent.

sucht. Der Philologe aus Vogelsberg schien für die Aufgabe der Richtige: Ohne viel eigenes Profil befolgte Gerhard stets, was ihm die Landespartei riet und der Bundesvorsitzende auftrug, als dessen „Zauberlehrling“, so ein Parteifreund, er in Hessen agierte.

Der auch bei Einheimischen weithin unbekannte Landesvorsitzende mußte sich letztes Jahr im Wahlkampf bei seiner Vorstellung („Ich bin der Spitzenkandidat“) nachsagen lassen: „Das macht nichts.“ Unter seiner Führung schaffte die FDP dann immerhin den Einzug in den Landtag (7,6 Prozent). Aber der Erfolg war vor allem den Leihstimmen des CDU-Landesvorsitzenden Walter Wallmann zu verdanken.

Die ergebene Treue zu Genscher hielt lange, dafür stellte Genscher den Hessen als „Mann mit großen Führungsqualitäten“ heraus. Und seine hessischen Parteifreunde rühmen ihrem Landesvorsitzenden seither prompt die Fähigkeit nach, „furchtlos in Lücken der Parteihierarchie zu springen“.

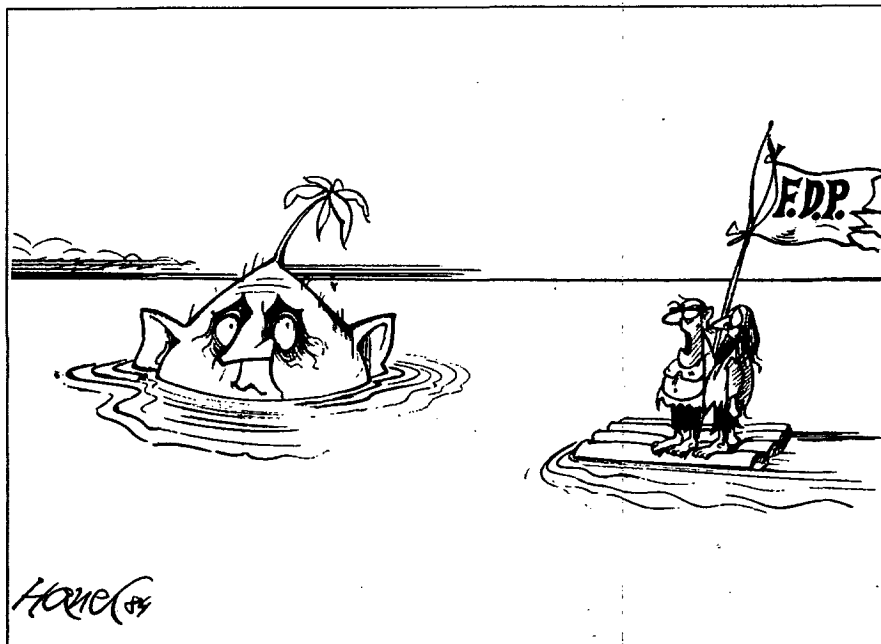
An Furchtlosigkeit aber läßt sich ein anderer von niemand übertreffen: Jürgen Möllemann. Kaum hatte Genscher seinen möglichen Verzicht bekanntgegeben, da machte sich der NRW-Landesvorsitzende schon wie selbstverständlich Hoffnungen auf den Chef-Sessel. Seine Position, fand der Staatsminister im Auswärtigen Amt, sei nur noch vom Abschneiden seiner Partei bei der Landtagswahl im nächsten Jahr abhängig.

Die Karriere des Aufsteigers aus Münster, der im vorigen Jahr Spitzenmann des mit 23 000 Mitgliedern immer noch stärksten FDP-Landesverbandes wurde, verlief steil. Mit Beziehungen und Fleiß, Anpassung, Sachkenntnis und reichlich Eigenwerbung kam er auf wechselndem Kurs schnell nach oben. Konsequenterweise steuerte er, mit Genscher und dem Grafen, die Wende an.

Manch einer in seinem Landesverband hegt arge Zweifel, ob es den Liberalen ausgerechnet unter Möllemanns Führung gelingt, 1985 wieder in den Landtag einzuziehen. Zu ehrgeizig, zu windig, zu umtriebig erscheint er vielen.

Dennoch ist Möllemanns Position in der NRW-FDP stark. Hatte er es bei der ersten Wahl zum Landeschef vor einem Jahr nur auf 67 Prozent der Delegiertenstimmen gebracht, erreichte er auf dem Parteitag in Hagen im April 76,6 Prozent. Lambsdorff, der intern mäkelte, lobte ihn öffentlich: Der Landeschef habe „die Stimme der FDP in NRW wieder deutlicher gemacht“.

Bei der geplanten Amnestie für Parteispender und Politiker aber, die Möllemann vehement verteidigte, erlitt er eine schwere Niederlage. Die Christdemokraten in NRW, mit denen er 1985 eine Koalition schließen möchte, schätzen ihren Partner gar nicht. „Mit dieser Witzblattfigur“, so ein prominenter CDU-Mann, „kommt die FDP nicht



Kölner Stadt-Anzeiger

„Siehst du weit und breit noch etwas anderes?“

an den Freunden nach vorn gebracht. Der angriffslustige Bayer nahm sich in der Amnestie-Affäre seinen Münchner Parteifreund, Justizminister Hans Arnold Engelhard, vor. Er, Brunner, wäre „davon ausgegangen, daß ein liberaler Justizminister von vornherein sein Veto eingelegt“ und mit Rücktritt gedroht hätte.

Öffentlich äußerte Brunner auch die Hoffnung, der beschädigte Parteichef Genscher werde sich nicht mehr um das Vorsitzeramt bewerben. Martin Bange-
mann, verbreitete er, werde ihn ersetzen. „Was die Stimmung in der Partei betrifft“, so ein Münchner Parteifreund, „liegt er ganz gut im Wind.“

Der 36jährige genießt die Rolle als einer aus der neuen Führungsgeneration. Durch den Widerstand gegen Amnestie-Pläne und Bonner Finassieren, sagt er, sei der „Ruf nach einem kollegialen

Nicht einmal seinen niedersächsischen Parteifreunden gilt Hirche heute als „selbstverständliche Lösung“ für den Fall, daß der Landesvorsitzende Heinrich Jürgens zurücktreten sollte. Gleichwohl hat er sich ins Gespräch um die Genscher-Nachfolge gebracht. „Die FDP muß jetzt wegkommen von dieser Ein-Mann-Show“, mahnte er. Und: Alle Kandidaten müßten in den kommenden zwei Jahren „das Beste geben. Am Ende wird dann Bilanz gezogen“.

Zum Geheimtip aus der jungen Garde aber ist nach ein paar gelungenen Auftritten im Bundesvorstand der Partei der 40jährige hessische Landesvorsitzende Wolfgang Gerhardt avanciert. Nach der Wende und der Schlappe bei der Landtagswahl 1982 (FDP: 3,1 Prozent) hatte die FDP als Nachfolger für den führungs-schwachen Ekkehard Gries einen möglichst unverbrauchten Kandidaten ge-

über fünf Prozent.“ Aber ohne ihn kommt die CDU nicht an die Macht.

Wie Jürgen Möllemann hat auch der baden-württembergische FDP-Vorsitzende Jürgen Morlok schwere Hypotheken zu tragen: Er stand einmal ganz oben in Genschers Gunst. Ansonsten aber paßt er nahtlos in die neue Riege: Eine politische Linie kann keiner ihm nachsagen.

Im Herbst 1982, in den Tagen der Bonner Wende, wehrte Jürgen Morlok bis zuletzt öffentlich jeden Verdacht ab, die sozialliberale Koalition habe keine Zukunft mehr. Nach vollzogenem Partnerwechsel brüstete er sich dann, keiner habe den zaudernden Parteichef Genscher seinerzeit entschiedener zum Absprung gedrängt als er. So ist er bis heute geblieben.

Auch jüngst, während der parteiinternen Amnestie-Diskussion, hielt sich Morlok mit öffentlichen Festlegungen zurück. Erst nachdem die Mehrheitsverhältnisse in der Partei klar waren, schlug er sich auf die Seite der Amnestie-Gegner. So hat er sich einen Ruf als gewiefter Taktiker erworben. Morlok sei, charakterisiert ihn der ehemalige FDP-Bundestagsabgeordnete Friedrich Hölscher, „ein Genscher ohne Vorstrafen“.

Eine andere Konstellation als das Bündnis mit der Union kann Morlok sich heute schon gar nicht mehr vorstellen – „mindestens für den Rest dieses Jahrzehnts“, und zwar in Bonn ebenso wie in den Bundesländern. Und von sich selbst glaubt er wohl, er sei eine Idealbesetzung für alles, denn: „Ich bin Oldtimer und junger Spritzer in einem.“

Vor Beginn des Parteitages am Freitag letzter Woche paradierten die jungen Herren noch einmal im Bundesvorstand und dann im Plenum. Als der dritte Kandidat das Wort ergriff und der vierte sich ankündigen ließ, spottete der Tagungspräsident: „Die Kür geht weiter.“

Keiner sprach es ganz genau aus, aber alle wollen, so der schleswig-holsteinische Landesvorsitzende Werner Zywieltz, Genscher „einen geordneten Rückzug ermöglichen“ – und zwar möglichst bald.

Über eines freilich könnten sich die drängelnden Genscher-Konkurrenten gründlich täuschen: über ihre eigenen Chancen. „So einfach geht das nicht“, warnt FDP-Präside Günter Hoppe, „aus deutschen Landen frisch auf den Bonner Tisch.“ Die FDP, prophezeit er, könne sich im Wettkampf mit den großen Parteien nur nach Grünen-Art behaupten. Hoppe: „X kann nur weiblich sein.“

Schon in Münster wurde am Freitagmorgen eine Frau über Gebühr lange beklatscht: die scheidende Generalsekretärin Irmgard Adam-Schwaetzer. Sie erhielt auch bei der Wahl zur Schatzmeisterin mit 322 die meisten Stimmen von allen Führungsfiguren der FDP – 81 mehr als Hans-Dietrich Genscher.

EIGENHEIME

Deutlich gekappt

Bonn will die Steuervorteile für den Eigenheimbau neu festlegen. Der Aufwand lohnt kaum: Für die Bauherren kommt dabei wenig heraus.

Wohnungsbauminister Oscar Schneider mahnte den Finanzkollegen Gerhard Stoltenberg zur Eile: Noch vor der parlamentarischen Sommerpause müsse das Bundeskabinett festlegen, wie der Staat künftig den Eigenheimbau fördern wolle.

Die Bauwilligen nämlich sind nach Schneiders Beobachtungen verunsichert. Viele warten offensichtlich auf die neuen

(fünf Prozent bis zu einem Höchstbetrag der Baukosten von 300 000 Mark) acht Jahre lang absetzen können. Für jedes Kind dürfen hundert Mark monatlich von der Steuerschuld abgezogen werden.

Nach dem bisher gültigen Paragraphen 7b des Einkommensteuergesetzes dürfen Hausbesitzer 10 000 Mark (fünf Prozent von höchstens 200 000 Mark Bemessungsgrundlage), darüber hinaus seit Oktober 1982 bei allen Neubauten drei Jahre lang bis zu 10 000 Mark Schuldzinsen in ihrer Steuererklärung geltend machen. Vom zweiten Kind an werden für jedes Kind 50 Mark von der Steuerschuld abgezogen.

Steuerlich kommt der Einfamilienhaus-Bauherr bei der neuen Regelung nur wenig besser weg als bei der alten. Ein Arbeitnehmerhaushalt mit zwei Kindern etwa hat bei einem Brutto-Jahres-



Minister Schneider, Eigenheim-Baustelle: Warten lohnt nicht

steuerlichen Regelungen, die Schneiders Ministerium versprochen hat.

Schon wird mit einem Rückgang der Baugenehmigungen (420 000 im vergangenen Jahr) gerechnet. Der Hauptverband der Deutschen Bauindustrie erwartet 1985 allenfalls zwei Prozent mehr Bauvolumen – wahrscheinlicher ist, daß es überhaupt keinen Zuwachs gibt.

Jetzt soll, auf Schneiders Drängen hin und unter dem Druck der Bauwirtschaft, das Kabinett am 3. Juli über die langfristige Eigenheimförderung entscheiden. Schneiders Konzept jedenfalls ist fertig.

Es wird für viele zögernde Bauherren eine Enttäuschung werden: Es lohnt nicht, auf Schneiders Neuerungen zu warten, die Steuervorteile beim Eigenheimbau werden nur geringfügig verbessert, beim Bau eines Hauses mit Einliegerwohnung sogar deutlich gekappt.

Wer ein Einfamilienhaus errichtet, soll von 1987 an jährlich bis zu 15 000 Mark

einkommen von 70 000 Mark nach den Berechnungen des Bauministeriums bislang für drei Jahre eine Steuervergünstigung von monatlich insgesamt 490 Mark. Die ergibt sich durch den Steuervorteil nach Paragraph 7b (240 Mark), Schuldzinsenabzug (200 Mark) und 50 Mark für das zweite Kind.

Nach Schneiders Plänen wird diese Familie beim Bau eines Eigenheimes von 1987 an monatlich 520 Mark Steuernachlaß bekommen, also 30 Mark mehr als bisher. Vom vierten Jahr der achtjährigen Steuerbegünstigung an steigt der Vorteil auf monatlich 230 Mark an.

„Es gibt keinen vernünftigen Grund“, sagt der Minister, „die Bauentscheidung aufzuschieben.“ Die Baupreise steigen weiter, auch die Zinssätze für Hypotheken könnten durchaus wieder klettern.

Wer sich ein Haus mit einer einliegenden zweiten Wohnung errichten will, hat erst recht guten Grund, mit seiner Ent-